

Bürgerinitiative "BETUWE - LINIE" - So nicht e.V.

Mitglied der
BUNDESVEREINIGUNG GEGEN SCHIENENLÄRM

Aktuelle Mitgliederinformation

Wesel, im Juli 2018

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Förderer der Bürgerinitiative,

Wieder ist ein Jahr vergangen – und Sommerzeit – Sie sind oder waren gerade vermutlich in Urlaub. Auch in diesem Jahr wollen wir Sie über die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit der geplanten „BETUWE-Linie“ informieren. In der Presse, im Internet und teils auch im Fernsehen konnte man einige Entwicklungen verfolgen.

Konkret ist seitens der Bahn in den einzelnen Kommunen nicht viel passiert. Die Bahn hat überall sogenannte Roadshows durchgeführt. Hier konnte man anhand von Kopfhörern testen, wie sich die geplanten Schallschutzmaßnahmen für die dort ansässigen Anwohner auswirken. Natürlich wird niemand bestreiten, dass die vorgesehenen Schallschutzwände den Schallpegel der vorbeifahrenden einzelnen Güterzüge – um ca. 8 – 10 dB reduzieren. Dass jedoch dann immer noch ein Schallpegel von ca. 85 dB (von vorher 95 dB) vorhanden ist, und der gesundheitlich bedenkliche Pegel laut Weltgesundheitsorganisation bei 49 dB liegt, wurde allerdings nicht erwähnt. Außerdem ist es nicht unwichtig, ob man nachts vielleicht 100mal von 85 dB oder wie jetzt etwa 10mal von 95 dB geweckt wird. Dieser Pegel wird dann mit den bis 2015 geltenden Regeln auf das für die Bahn festgelegte Maß von 49 + 5dB heruntergerechnet. Was dann noch nicht passt, wurde bisher mit dem Argument mangelnder Wirtschaftlichkeit abgelehnt. Außerdem ist denen, die unserer Meinung nach zu Unrecht keinen oder zu wenig Schallschutz bekommen, damit überhaupt nicht geholfen.

Hier wird sich zeigen, ob das Eisenbahn-Bundesamt unseren guten Argumenten aus den Erörterungen folgt und ggf. Verbesserungen anmahnt. Bei der Streckensicherheit sind wir auf einem guten Weg. Die Bahn hat in fast allen Kommunen deutlich nachgebessert. Allerdings hat das Eisenbahn-Bundesamt noch in keinem einzigen Punkt zugestimmt. Außerdem gibt es nach dem Unfall von Meerbusch, wo die Passagiere 1,5 Stunden auf Rettung warten mussten, ein neues Problem. Die Erdung der Stromleitungen muss anders geregelt werden, denn diese Zustände sind weder für Bahnreisende noch für Anwohner in Bezug auf Gefahrstofftransporte haltbar.

Bei den Punkten „Erschütterungen“ und „Wertverlust“ sind wir leider nicht weitergekommen. Hier wird man abwarten müssen, ob sich die Rechtsprechung in den nächsten Jahren anwohnerfreundlicher zeigt. Ggf. müssen wir selber juristisch aktiv werden. Das werden wir u.a. auf unserer nächsten Mitgliederversammlung diskutieren, spätestens wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Nach letzten Informationen der Bezirksregierung wird dies wohl Ende 2019 werden.

Sehr viele Aktivitäten sind aktuell aus Emmerich / Elten zu vermelden, wo es sehr spezielle Probleme (u.a. Verlegung der B8) gibt. Auch hier will die Bahn auf Kosten der Anwohner ihre Pläne durchsetzen, obwohl es Alternativen gibt, die auch von Fachleuten als die bessere Variante bezeichnet wird.

Natürlich haben alle Kommunen ihre eigenen Probleme und Sichtweisen, aber es gibt doch eine Menge Gemeinsamkeiten zwischen den Kommunen und noch ist eine gemeinsame Vorgehensweise zwischen den Verwaltungen vereinbart. Wir hoffen, dass das so bleibt, denn die Bahn versucht immer wieder in Einzelgesprächen, die Kommunen sowie die Feuerwehren und damit auch die Bürgerinitiativen auseinander zu dividieren.

Die Klageschrift der Stadt Oberhausen gegen den ersten Planfeststellungsbeschluss wird immer noch aufrechterhalten. Wie bereits mehrfach berichtet, hat diese die Bahn dazu bewegt, einige kleinere Zugeständnisse an die Kommunen zu machen. Andere Vorschläge der Kommunen wurden bisher aus finanziellen Gründen abgelehnt. Hier schiebt die Bahn immer wieder wirtschaftliche Gründe vor, die die Politik in Berlin zu entscheiden hätte.

Immer noch wird der nächste – längst überfällige – Planfeststellungsbeschluss (Rees / Haldern) mit Spannung erwartet, denn dieser hat wohl Präzedenzcharakter.

Nach der Landtagswahl haben wir versucht, mit der neuen Landesregierung Kontakt aufzunehmen, um Zusagen für eine spätere Unterstützung bei Gesprächen mit dem Bundesverkehrsministerium und der Bahn zu erreichen. Nach mehreren Versuchen, in Kontakt mit sowohl dem Ministerpräsidenten, dem Verkehrsminister als auch mit dem Innenminister der NRW-Regierung zu kommen, die leider bisher ins Leere liefen, sind wir fast der Meinung, dass auch die neue Landesregierung kein Interesse an dem Thema hat. Der neue Verkehrsminister Wüst ist uns sogar öffentlich in den Rücken gefallen, indem er anmahnte, es sei nun genug diskutiert, man solle endlich bauen. Dieser Meinung sind wir auch, es sollte allerdings mit und nicht gegen die Anwohner gebaut werden. Hierzu haben wir in der Presse und sogar im Fernsehen angemessen reagiert. Auch unsere neu gewählte Landtagsabgeordnete, die im Wahlkampf hier vor Ort sehr aktiv war, konnte uns bisher keine Hilfe sein.

Nach der Übergabe des „Niederrheinischen Appells“ am 1. Juni im Berliner Verkehrsministerium im Beisein von 5 Abgeordneten, 2 Bürgermeistern und 2 Vertretern der Bürgerinitiativen sollte im Auftrag von Staatssekretär Enak Ferlemann die DBAG die Kosten für die kommunalen Forderungen ermitteln. Dies hat sie teilweise getan und zwar für den Schallschutz, den die Kommunen und Bürgerinitiativen gefordert, die Sachverständigen der Bahn allerdings im Verfahren bisher abgelehnt haben. Den Rest hat sie trotz Auftrag abgelehnt. Hier zeigt sich, warum bei solchen Terminen in Berlin nie ein Protokoll geführt wird – hinterher ist die Erinnerung dann sehr schwach – aber wir bleiben dran. Zunächst einmal haben wir die Kommunen überzeugt, die noch fehlenden Kosten durch einen neutralen Gutachter ermitteln zu lassen.

Der Informationsdialog mit der Bahn fand nur einmal statt. Auch hier wurden hinsichtlich der Kostenermittlung Zusagen gemacht, an die sich die Bahn später nicht mehr erinnern konnte.

Sie können natürlich weiterhin direkt bei der Bahn in ihrem Informationszentrum am Handelsweg im Weseler Hanseviertel persönliche Informationen einholen. Bitte die Sprechstunden beachten (Internet)!

Der Projektbeirat hat im Januar endlich wieder getagt. Hier sind neben der Deutschen Bahn das Eisenbahn-Bundesamt, die Bundes- und Landesverkehrsministerien, die regionalen Bundestagsabgeordneten sowie die IHK vertreten. In diesem Jahr war neben H. Bork als Sprecher der BI's erstmals ein Vertreter der BISS aus Emmerich (H. Schmitz) zugelassen. Dort wurde – wie immer – ein vorab aufgestelltes Programm abgespult und außer den Bürgerinitiativen stellt dort niemand kritische Fragen oder fordert Verbesserungen für die Anwohner. Diese wurden allerdings aktiv von unseren MdB's H. Vöpel (Ob.) sowie H. Dr. Krüger (letztmals dabei) unterstützt.

Im Oktober fand in Frankfurt die Hauptversammlung der Bundesvereinigung Schienenlärm statt, an der wir mit 2 Mitgliedern teilnahmen. Hier ist man dabei, neue Gesetze, die schlecht für uns wären, noch abzuwehren. Es gibt weiterhin Aktivitäten in Richtung der Waggon-Umrüstung sowie des Fahrverbotes lauter Güterwagen ab 2020 und eine Verfassungsbeschwerde gegen die aktuelle Schall03, die Berechnungsvorschrift der Bahn für Schall. Das könnte auch für uns noch wichtig sein.

Wie geht es weiter? Am 24. September (schon mal vormerken) wollen wir voraussichtlich eine Informations- und Mitgliederversammlung durchführen. Hierzu werden Sie selbstverständlich persönlich eingeladen. Wir bleiben natürlich weiter aktiv und werden Sie bei konkreten Anlässen sofort unterrichten. Bitte verfolgen Sie auch die Berichterstattung in der Presse. Nachdem wir Sie jetzt auf den neuesten Informationsstand gebracht haben, wünscht der Vorstand Ihnen und Ihren Familien noch eine ruhige und stressfreie Urlaubs- und Sommerzeit.

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere Internetseiten

www.betuwe-wesel.de

www.betuwe-niederrhein.de

www.betuwe-gefahr.de

Bürgerinitiative BETUWE – So nicht! - Der Vorstand

Bitte teilen Sie uns doch mit, wenn Sie per E-Mail erreichbar sind (g.bork@t-online.de)